

Beschluss Berliner Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitspolitik – aber basiert!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

- 1 In der Politik ist alles eine Frage des Wollens. Ein löchriger Sozialstaat; eine
2 Wirtschaft, die vor allem die stärksten Player fördert; ein Arbeitsmarkt, auf
3 dem die*der Otto-Normal-Arbeitnehmer*in viel zu oft das Nachsehen hat – das
4 alles ist kein Naturgesetz, sondern eine Frage des politischen
5 Veränderungswillens. Dabei ist unser Grundsatz in jeder Frage klar: der Mensch,
6 seine unverletzliche Würde bildet den Grundstein unseres politischen Handelns.
7 Dieser Grundsatz bezieht selbstverständlich auch alle Menschen ein, die noch
8 nach uns kommen werden.
- 9 Sozialpolitik: einfach, praktisch, gut
- 10 Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit sind in Deutschland der gesetzlich
11 zugesicherte Anspruch der Sozialgesetzgebung. Dieses Bekenntnis ist für viele
12 Menschen aber nicht mehr als ein schlechter Witz. Wer mit offenem Herzen durch
13 Berlin geht, dem ist vollkommen klar: Unser soziales Netz ist so löchrig wie ein
14 Schweizer Käse. Unsere Forderung ist deshalb simpel und scheint für viele
15 Politiker*innen doch unvorstellbar: Die Würde des Menschen ist unantastbar.
16 Darauf bezieht sich auch der Grundsatz unserer Sozialgesetzgebung. Dem müssen
17 wir gerecht werden.
- 18 Ein Grundstein dafür ist, dass soziale Arbeit endlich ausfinanziert wird. Der
19 Staat darf sich nicht länger darauf verlassen, dass das Gebilde aus einer
20 handvoll Hauptamtlichen zusammen mit unzähligen Ehrenamtler*innen es schon
21 richten wird. Zu einer angemessenen Finanzierung gehört auch, dass das
22 Zuwendungsrecht reformiert wird: Wir fordern eine mehrjährige Projektförderung
23 als Standard und mehr Vertrauen in die Träger. Es kann nicht sein, dass im
24 Rahmen des Zuwendungsrechts ein gigantischer Verwaltungsaufwand entsteht, der
25 wichtige Kapazitäten bindet. Um bürokratische Hürden weiter abzubauen, müssen
26 zudem alle Förderprogramme des Landes Berlin und Bezirke zentral und leicht
27 zugänglich auffindbar sein.
- 28 Die sozialen Problemlagen unserer Stadt drehen sich meist um Armut, Drogenkonsum
29 sowie Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Dabei sind alle drei Kategorien oft in sehr
30 komplexen Strukturen eng miteinander verbunden. Die sozialen Problemlagen
31 unserer Stadt drehen sich meist um Armut, Drogenkonsum sowie Wohnungs- und
32 Obdachlosigkeit. Alle drei Kategorien sind oft in komplexen Strukturen eng
33 miteinander verbunden. Das Kernproblem ist hier der Kapitalismus und seine
34 wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Zwänge. Um dieses Kernproblem zu
35 beheben, arbeiten wir langfristig daran den Kapitalismus zu überwinden. Bis

36 dahin unterstützen wir die Betroffenen mit diesen konkreten, landespolitischen
37 Maßnahmen:

- 38 • Ausbau der Schnittstellen im Hilfesystem
- 39 • Bessere Abstimmung von Versorgungsstrukturen Psychiatrie, Suchthilfe und
40 Wohnungslosenhilfen
- 41 • Einsatz von persönlichen Hilfen nach § 67 ff. SGB XII und
42 Eingliederungshilfen als Standard
- 43 • Klarer Fokus auf mobile Arbeit und aufsuchende Angebote
- 44 • Bereitstellung von Wohnraum als erste Maßnahme
- 45 • Angebote für Menschen mit ungeklärten sozialrechtlichen Ansprüchen
- 46 • Angebote, bei denen explizit nicht nach sozialrechtlichen Ansprüchen
47 geschaut wird
- 48 • Stadtteilzentren in allen Prognoseräumen sowie Ausbau weiterer
49 nachbarschaftlicher Sozialangebote
- 50 • Vorrang von sozialen Einrichtungen bei Gewerbemietverträgen
- 51 • Mehr personelle Kapazitäten für die Sozial- und Wohnungsämter
- 52 • Keine Bezahlkarten im sozialpolitischen Kontext
- 53 • Landesprogramm zur Übernahme von “weißer Ware” (Haushaltsgeräte), die vom
54 Bürgergeld nicht übernommen wird

55 Inklusion ist Menschenrecht

56 Inklusion ist kein nice to have, sondern ein Grundrecht. Deshalb setzen wir uns
57 für den Ausbau unabhängiger Beratungsstellen ein, die Menschen unterstützen, ihr
58 Recht auf Teilhabe durchzusetzen.

59 Für die gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben ist unter anderem der
60 Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden zentral.
61 Die Barrierefreiheit ist kein abstraktes Ziel für eine ferne Zukunft, sondern
62 ein konkreter Handlungsauftrag. Für öffentliche Gebäude bedeutet das
63 beispielsweise, dass hier auch der Denkmalschutz teils zurücktreten muss.
64 Außerdem brauchen wir ein Sonderprogramm, das den barrierefreien Umbau aller S-
65 und U-Bahn-Stationen in Berlin ermöglicht.

66 Eine weitere Priorität für uns ist die Teilhabe im Arbeitsleben. Für uns ist
67 klar: Alle Menschen haben ein Recht darauf, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Die
68 Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt muss das Ziel jeder Maßnahme sein. Dabei
69 ist für uns klar, dass das Werkstätten-System diesem Ziel nicht gerecht wird.
70 Mittelfristig muss ein Maßnahmen-system aufgesetzt werden, dass bei der Inklusion
71 in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt. Bis dahin müssen auch in Werkstätten
72 selbstverständlich alle Arbeitnehmer*innenrechte gelten, die für Beschäftigte
73 auf dem ersten Arbeitsmarkt auch gelten. In der Erarbeitung jeglicher kommenden

74 arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Bereich Inklusion sind Menschen mit
75 Behinderung immer zu beteiligen, ihre Expertise ist maßgebend..

76 Schon jetzt sind Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeiter*innen dazu
77 verpflichtet, wenigstens auf fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte
78 Menschen zu beschäftigen. Doch durch die Möglichkeit der Ausgleichszahlung
79 drücken sich viele Unternehmen vor ihrer Verantwortung. Die Möglichkeit einer
80 Ausgleichszahlung wollen wir deshalb für Unternehmen mit mehr als 50
81 Angestellten streichen. Bleiben diese Unternehmen mittelfristig unter der 5-
82 Prozent-Hürde, soll stattdessen eine deutlich höhere monatliche Strafzahlung
83 greifen.

84 Wirtschafts- und Arbeitspolitik, aber auf vernünftig

85 Wirtschaftspolitik und der Einsatz für gute Arbeit gehen für uns Hand in Hand.
86 Deshalb wollen wir für ein zentrales Werkzeug der Berliner Wirtschaftspolitik –
87 die Wirtschaftsförderung – klare Standards setzen. Unser Fokus liegt auf
88 Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften, hohe soziale Standards einhalten und
89 aktiv die Klimakrise bekämpfen. Besonders kleine und/oder gemeinwohlorientierte
90 Unternehmen wollen wir dabei unterstützen, gegen die Marktmacht von globalen
91 Playern und Großunternehmen zu bestehen. Es geht uns darum, Unternehmen zu
92 fördern, die einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft haben – und nicht die
93 nächste Cashcow von irgendwelchen BWL-Tech-Bros. Die Wirtschaftsförderung für
94 Rüstungsprojekte schließen wir grundsätzlich aus.
95 Als Instrument der Wirtschaftsförderung wollen wir zusätzlich Gewerbeflächen
96 stärker regulieren. Dazu gehört die Einführung einer Gewerbeleerstandssteuer
97 sowie den verstärkten Einsatz von Erhaltungssatzungen (BauGB). Zudem fordern
98 wir, nach dem Vorbild Bremens eine "Privatisierungsbremse" - danach müssen alle
99 (Teil-) Privatisierungen durch einen Volksentscheid entschieden werden.

100 Wie in der Wirtschaftspolitik allgemein wollen wir auch in der Kreativwirtschaft
101 verstärkt auf die Förderung von kleinen und/oder gemeinwohlorientierten
102 Unternehmen setzen. Denn auch in der Kreativwirtschaft haben große Unternehmen
103 oft eine absolute Marktmacht, die sie schamlos ausnutzen. Um kleine und/oder
104 gemeinwohlorientierte Unternehmen zu unterstützen, wollen wir branchen-gerechte,
105 landeseigene Förderzentren gründen. Ein Beispiel ist hier ein landeseigenes
106 House of Games. Durch die Etablierung eines solchen, landeseigenen Inkubators
107 könnten wir gezielt Neugründungen beziehungsweise kleine Studios durch
108 Beratungsangebote, Bürofläche und gemeinschaftliches Arbeitsmaterial
109 unterstützen. Selbstverständlich müssen Unternehmen, die ein solches Angebot
110 nutzen, einem hohen Sozial- und Umweltstandard gerecht werden.

111 Wir unterstützen Arbeiter*innen in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen
112 und Löhne. Diese Zusage darf kein Lippenbekenntnis sein. Es geht darum, konkrete
113 politische Maßnahmen zu suchen und zu ergreifen. Dafür werden wir unter anderen
114 den Landesmindestlohn auf 16 Euro erhöhen. Die turnusgemäße Anpassung an die
115 Tariflohnsteigerungen erfolgt nach wie vor weiter. Besondere Priorität haben für
116 uns Arbeitnehmer*innen in sozialen Berufsfeldern und in Ausbildungsberufen.
117 Politische Hebel können hier unter anderem die Wirtschaftsförderung und das
118 Ausschreibungsrecht für öffentliche Aufträge sein. Zentral ist, dass
119 landeseigene Betriebe in Sachen Arbeitnehmer*innenrechte mit gutem Beispiel
120 vorangehen. In Anlehnung an das Pilotprojekt Solidarisches Grundeinkommen wollen
121 wir eine Jobgarantie für das Land Berlin entwickeln. Anhand der Erfahrungen aus

- 122 dem Pilotprojekt Solidarisches Grundeinkommen und einer Berliner Jobgarantie
123 setzen wir uns langfristig für eine bundesweite Jobgarantie ein.